

LANDKREIS REUTLINGEN

N i e d e r s c h r i f t

- öffentlich -

Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 17:48 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Reutlingen, Mittlerer Sitzungssaal, Bismarckstraße 47

Vorsitz:

Landrat Dr. Ulrich Fiedler
Christof Dold

außer bei TOP 10
bei TOP 10

Schriftführung:

Rainer Mayer

Anwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Christof Dold
Carmen Haberstroh
Ulrike Holzbrecher
Georg Leitenberger
Eric Sindek
Stefan Wörner

ab TOP 1 teilw.

bei TOP 10 befangen

CDU-Kreistagsfraktion

Gabriele Gaiser
Frank Glaunsinger
Alexandra Hepp
Mario Storz
Erich Herrmann

bei TOP 10 befangen
bis TOP 9 teilw.

Vertretung für Herrn Manuel Hailfinger

Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN

Susanne Häcker
Dr. med. Dietmar Randecker
Lisa-Maria Weigert

bis TOP 11 teilw.

SPD-Kreistagsfraktion

Martin Bayer
Mike Münzing
Ramazan Selcuk

bei TOP 10 befangen
Vertretung für Herrn Thomas Keck;
bis TOP 4 teilw.

FDP-Kreistagsfraktion

Hagen Kluck

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

AfD-Kreistagsfraktion

Mike Mattburger
Hansjörg Schrade bei TOP 10 befangen

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Rüdiger Weckmann bis TOP 7 teilw.

Sachkundige/Sachverständige:

Udo Vogel, Polizeipräsident bei TOP 1
Dominik Nusser, Geschäftsführer Kreiskliniken
Reutlingen gGmbH bei TOP 9 und TOP 11
Claudia Seegert, Kreiskliniken Reutlingen gGmbH bei TOP 9 und TOP 11

Sonstige Sitzungsteilnehmer:

Marius Pawlak, Verwaltungsdezernent
Philipp Hirrle, Ordnungsdezernent
Andreas Bauer, Sozialdezernent
Elke Weiss, Leiterin Amt für Kommunalaufsicht
und Rechnungsprüfung
Wolfgang Klett, Kreiskämmerer
Frederic Weiblen, stv. Hauptamtsleiter bis TOP 7 teilw.
Tobias Halm, Kreis-Straßenbauamtsleiter ab TOP 2 teilw.
Christine Besenfelder, Kreisjugendamtsleiterin bis TOP 4 teilw.
Christina Bauer, Projektkoordinatorin Neubau ab TOP 16
Ingrid Wiedmann, Amt für Recht, Ordnung und bis TOP 4 teilw.
Verkehr
Uwe Köppen, Personalratsvorsitzender bis TOP 7 teilw.
Rechtsreferendar Maxim Grau bis TOP 7 teilw.
Dr. Felicia Sparacio, Persönliche Referentin
Landrat
Katja Walter-Frasch, Pressesprecherin
Lokalmedien (Herr Zenke) bis TOP 2

Abwesende Mitglieder:

CDU-Kreistagsfraktion

Manuel Hailfinger entschuldigt

SPD-Kreistagsfraktion

Thomas Keck entschuldigt

Anmerkung:

Oben genannte TOP's, die in nachstehender Tagesordnung nicht enthalten sind, betreffen den anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnung

öffentlich

1. Vorstellung des Polizeilichen Kriminalitätsberichts 2024
2. Erster Finanzzwischenbericht 2025
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. XI-0117 -
3. Wissenschaftliche Fall- und Strukturanalyse im Allgemeinen Sozialen Dienst – Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen
- KT-Drucksache Nr. XI-0097 -
4. Stellenplan 2025
- Inanspruchnahme von Stellen, Aufhebung von Sperrvermerken
- KT-Drucksache Nr. XI-0106 -
5. Annahme einer Spende
- KT-Drucksache Nr. XI-0113 -
6. Annahme einer Spende
- KT-Drucksache Nr. XI-0116 -
7. Mitteilungen/Anfragen

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

vor Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Geburtstagsständchen

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende Frau Besenfelder zum Geburtstag und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Hierzu wird von allen Anwesenden ein Ständchen mit dem Kanon „Viel Glück und viel Segen...“ gesungen, dirigiert von Herrn Mayer.

Auszug:

Stabstelle Zentrale Verwaltung

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Vorstellung des Polizeilichen Kriminalitätsberichts 2024

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Polizeipräsident Vogel.

Herr Polizeipräsident Vogel trägt mithilfe beiliegender Präsentation den Sachverhalt vor.

Kreisrat Glaunsinger bemerkt, in Reutlingen sei man mit der Polizei sicher und professionell aufgestellt. Er bedanke sich bei der Polizei.

Kreisrat Weckmann bedankt sich ebenfalls.

Kreisrat Mattburger spricht von einer herausfordernden Arbeit für die Polizei. Unterm Strich gebe es immer mehr Druck für die Gesellschaft. Er wolle wissen, wie viel mehr an (finanziellen) Ressourcen notwendig wären.

Herr Vogel legt dar, man brauche aktuell keine zusätzlichen finanziellen Mittel, man habe für 2025 und 2026 Geld erhalten. Man habe einiges auf den Weg gebracht und eine Einführungsoffensive eingeläutet.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der polizeilichen Kriminalitätsentwicklung 2024 Kenntnis genommen.

Auszüge:

Amt für Recht, Ordnung und Verkehr
Ordnungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

Erster Finanzzwischenbericht 2025
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0117 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Klett trägt ausführlich den Sachverhalt vor. Man habe nach 2023 und 2024 im Jahr 2025 zum dritten Mal ein negatives Ergebnis. Er zitiert den Landrat des Landkreises Tübingen, Herrn Walter, die Situation sei desaströs. Er geht auf den ÖPNV und die Kliniken ein. Man habe die letzten Reserven zusammengekratzt, damit im Jahr 2025 keine Erhöhung der Kreisumlage im Rahmen eines Nachtragshaushaltes notwendig sei. Er verweise auf die Anlage 2 zur KT-Drucksache, die Liquidität. Man sei im Jahr 2025 mit einem blauen Auge davongekommen, künftig gebe es keine Rücklagen mehr.

Der Vorsitzende betont, die Lage sei dramatisch, die Taschen seien leer. Wenn im Bund und Land nicht endlich erkannt werde, was notwendig sei, werde das System kollabieren. Man werde die Kreisumlage nächstes Jahr erhöhen müssen. Dies sei das Ultima Ratio neben einer Erhöhung der Verschuldung. Eine Senkung von Standards sei unvermeidlich. Für 2025 sei kein Nachtragshaushalt notwendig. In den Jahren 2026 fortfolgende werde es mit dem Sozialstaat so nicht mehr weitergehen können. Im Moment seien noch 20 % der Haushaltsmittel des Landkreises für das laufende Jahr gesperrt. Man gehe nicht auf 100 %, nur da, wo man vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sei. Er habe auch im Kreisverband des Gemeindetags über die finanzielle Situation berichtet. Derzeit dauere ein Einbürgerungsantrag aufgrund mangelnden Personals mindestens 12 Monate.

Kreisrat Bayer hält die Situation für äußerst dramatisch. Seit Mai habe man rund 60,0 Mio. EUR an Kassenkrediten ausgeschöpft. Die Mindestliquidität sei unterschritten, er frage nach den Auswirkungen. Er wolle wissen, welche Konditionen bei einem Überziehungskredit gelten würden und welche Modalitäten der Rückführung es gebe. Er frage außerdem nach der Verschuldungsquote.

Herr Klett bejaht, man habe Kredite bis 58,0 Mio. EUR aufgenommen. Die Statistik höre am 31. Mai auf, der Landkreis erhalte viermal jährlich FAG-Mittel. Am 10. Juni sehe es besser aus. Das Land habe zwei Raten ausgeschüttet für das zweite und dritte Quartal. Zu den Auswirkungen sei zu bemerken, es gebe insgesamt deutlich höhere Zinsaufwendungen. 2022 habe man noch Verwarentgelt bezahlen müssen. Er geht auf die Konditionen mit der Hausbank, der Kreissparkasse Reutlingen ein. Der Kassenkreditrahmen laut Haushalt betrage 75,0 Mio. EUR. Aktuell sei das Konto positiv, dies drehe sich jedoch. Von der Rechtsaufsicht sei derzeit nichts zu befürchten, aber der Haushaltserlass des Regierungspräsidiums nächstes Jahr werde entsprechende Anmerkungen enthalten.

Kreisrat Schrade fragt, ob vom Land noch Mittel ausstünden.

Herr Klett bejaht dies. Er liefere in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses aktuelle Zahlen nach.

Kreisrat Mattburger fragt nach den TOP-5-Maßnahmen, die die Ausgaben reduzieren könnten. Wenn weniger Busse fahren würden, würde es weniger Ausgaben geben.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Der Vorsitzende legt dar, dies könne er ad hoc nicht sagen. Man liefere die Informationen in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses nach. Der Kreishaushalt sei extrem von Sozialausgaben geprägt, man sei an Recht und Gesetz gebunden. Die sogenannten freiwilligen Leistungen würden nur einen geringen Anteil am Kreishaushalt ausmachen.

Kreisrat Herrmann weist darauf hin, der Kreiskämmerer habe schon lange auf die Situation hingewiesen. Er frage nach dem Sondervermögen, das der Bund derzeit ausarbeite, und nach einer Vorstellung der Landkreise, wie der Bund das Geld herunterbreche.

Der Vorsitzende legt dar, er könne heute dazu nichts sagen, jede Prognose wäre unseriös. Das Sondervermögen werde derzeit verhandelt. Kernproblem seien nicht die Investitionen, sondern die laufenden Kosten im Ergebnishaushalt könnten nicht dauerhaft ausgeglichen werden. Man sei ja auch auf das Land angewiesen.

Kreisrat Dold merkt an, die finanziellen Aussichten seien nicht rosig, er spricht die Abschreibungsthematik an. Die Bußgelder/Verwaltungsgebühren seien zurückgegangen. Er wolle wissen, ob man zu euphorisch gewesen sei. Bei den Personalaufwendungen gebe es 2,3 Mio. EUR mehr Aufwand. Er frage nach einer Kostenerstattung. Im Finanzhaushalt seien 9,0 Mio. EUR im Vorgriff getätigt worden. Dies werde 2026 wohl nicht mehr relevant?

Herr Klett legt dar, man sei nicht zu euphorisch gewesen, sondern habe man sich am Rechnungsergebnis orientiert. Er verweise auf den Rückgang bei der Automobilindustrie, die Zahl der Zulassungen von Pkws sei zurückgegangen. Auch die Bautätigkeit sei zurückgegangen. Bei den Bußgeldern gebe es weniger Verstöße. Bei den Personalaufwendungen sei einiges für den Asylbereich entstanden, dies werde aber über die laufende Spitzabrechnung zurückerstattet, man gehe hier nur in Vorleistung. Der Bauablauf für den Neubau des Landratsamtes sei schneller als geplant, deshalb sei man mit 9,0 Mio. EUR in Vorleistung gegangen. Dies sei 2026 sicherzustellen und rechtlich zulässig.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszüge:

Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

Wissenschaftliche Fall- und Strukturanalyse im Allgemeinen Sozialen Dienst – Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0097 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Frau Besenfelder trägt den Sachverhalt vor.

Kreisrat Herrmann verweist auf den Satz "wenn dies zur Qualitätssicherung erforderlich ist". Er gehe davon aus, dass die Leitung des Kreisjugendamtes gut sei und qualitativ arbeite. Er frage, ob der jetzige Beschluss im Interesse der Mitarbeitenden sei und ob man die wissenschaftliche Fall- und Strukturanalyse im Allgemeinen Sozialen Dienst unbedingt brauche. Ihm gehe es weniger um die 86.000,00 EUR.

Der Vorsitzende sieht keinen Widerspruch, man sei qualitativ hochwertig unterwegs. Ein externer Blick sei gut.

Kreisrat Storz bemerkt, überrascht habe ihn halt der Zeitpunkt für den Beschluss, angesichts des laufenden Gerichtsverfahrens. Es dürfe kein falscher Zungenschlag reinkommen, ein späterer Zeitpunkt wäre besser gewesen.

Frau Besenfelder erläutert, Anlass sei die Gesamtwetterlage gewesen, die nicht in der Zeitung stehe. Sie geht näher darauf ein. Wichtig sei, bei den Mitarbeitenden Ruhe hereinzubringen, externe Hilfe sei als Akt der Fürsorge gut. Man mache es sich dadurch als Führung nicht leichter.

Der Vorsitzende ergänzt, er halte den Zeitpunkt für richtig, da es überregional Trend sei, Kritik an den Kreisjugendämtern zu äußern und Gerichtsverfahren anzustreben. Wenn die Verwaltungsspitze Sorge hätte, dass man im Kreisjugendamt nicht gut arbeite, würde man es nicht jetzt öffentlich behandeln.

Kreisrat Münzing legt dar, er halte den jetzigen Zeitpunkt für richtig. Frage sei die Wirkung in der Öffentlichkeit, ob man alles richtig mache. Wichtig sei die Rückmeldung ins Team, dass es eine Stärkung des Rückens und keine Kritik an der Arbeit sei. Drei von fünf Teams seien laut Frau Besenfelder unterbesetzt. Es solle keine Stellenbesetzungssperre geben, dieser Bereich falle nicht in die 80-%-Begrenzung.

Frau Besenfelder bemerkt, man müsse differenzieren. Man habe ihm Allgemeinen Sozialen Dienst alle Stellen besetzt, aber sie verweise auf die Fluktuation und die Tatsache, dass es überdurchschnittlich viele junge und neue Mitarbeitende gebe, die eingearbeitet werden müssten. De facto arbeite man nicht voll besetzt. Man habe Standards definiert.

Kreisrat Dr. Randecker erläutert, er habe auch überlegt, ob der Zeitpunkt richtig sei und ob es einen zeitlichen Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren gebe und ob es nicht besser wäre, es auf den konkreten Fall zu beschränken. Er frage sich, ob ein Externer wirklich Ruhe reinbringe.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Frau Besenfelder erwidert, es sei genau andersrum. Wenn man nur den einen Fall untersuchen würde, würde man Fehler eingestehen. Die Analyse sei nicht als Fehlersuche gedacht, sondern als Unterstützung des Teams.

Der Vorsitzende bestätigt, es gehe nicht um den einen aktuellen Fall.

Kreisrat Dold bemerkt, es sei ein schwieriges Thema, angesichts des öffentlichen Interesses. Er frage nach, ob es nicht außerplanmäßige Aufwendungen seien.

Herr Klett erläutert, es seien überplanmäßige Aufwendungen.

Kreisrat Dold fährt fort, hinsichtlich des zeitlichen Kontextes wäre es eventuell taktisch besser, es zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen. Seine Fraktion trage alles mit, aber im Rahmen des Haushalts, also ab 01.01.2026. Es sei eine Qualitätsentwicklung.

Der Vorsitzende erläutert das Vorgehen der Verwaltung erneut.

Kreisrat Herrmann bemerkt, jetzt sei die Öffentlichkeit nicht mehr anwesend. Viele seien unterschiedlicher Meinung, dies werde immer so sein. Unabhängig vom Ergebnis der Untersuchung gebe es Fälle, die nicht ideal laufen. Seine Polizeikollegen hätten zahlreiche Verfahren am Hals gehabt. Er frage sich, ob durch das Vorgehen eine Verbesserung erreichbar sei. Jetzt befinde man sich im laufenden Verfahren, entsprechend den Kreisräten Storz und Dold spreche er sich dafür aus, abzuwarten.

Der Vorsitzende betont erneut, es habe mit diesem laufenden Verfahren nichts zu tun, das Verfahren werde voraussichtlich am 30.07. abgeschlossen.

Kreisrätin Häcker spricht sich dafür aus, jetzt eine Studie in Auftrag zu geben. Dies gebe den Mitarbeitenden Sicherheit. Es sei nicht der erste Fall, bei dem das Kreisjugendamt angeklagt werde.

Kreisrätin Haberstroh stimmt der Verwaltung zu. Man sei Opfer dieser negativen Berichterstattung. Dies binde viel Zeit und Ressourcen. Wenn das Vorgehen dem Jugendamt helfe, werde sich der stolze Betrag schnell wieder amortisieren. Es sei ja eine Belastung für die Mitarbeitenden. Wenn die Studie das leiste, was man von ihr erwarte, stimme sie zu.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0097 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Es ergeht mit 18 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich folgender

Beschluss:

1. Der Landkreis Reutlingen beauftragt das SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH (Heidelberg), vertreten durch Herrn Dr. Thomas Meysen, mit Herrn Prof. Dr. Heinz Kindler (Deutsches Jugendinstitut, München) als Unterauftragnehmer mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Analyse der fachlichen Prozesse im Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamts Reutlingen.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

2. Die entstehenden überplanmäßigen Aufwendungen im Teilhaushalt 5 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in Höhe von 73.777,00 EUR werden genehmigt.

Auszüge:

Kreisjugendamt
Sozialdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich -

Stellenplan 2025

- Inanspruchnahme von Stellen, Aufhebung von Sperrvermerken

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0106 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Pawlak trägt den Sachverhalt vor. Der jährliche Folgeaufwand betrage 386.050,00 EUR. Es werde geprüft, wann Stellen wegfallen, zum Beispiel im Asylbereich.

Kreisrat Münzing verweist auf die Stelle beim Kreis-Straßenbauamt. Man habe nicht nur eine Person, die sich mit Sachlichkeit hervortue, sondern ganze Ämter. Er wolle wissen, ob das angedacht worden sei und frage nach der Kapazität.

Herr Pawlak erläutert, dies habe man geprüft, Kreisrat Münzing meine den Bereich von Herrn Hirrle. Der Kontakt zwischen den Ämtern sei da. Man stelle nur qualifiziertes Personal ein und erhoffe sich Synergieeffekte, ohne Einschaltung eines externen Büros.

Kreisrat Dold legt dar, die FWV-Kreistagsfraktion habe letztes Mal der Aufhebung von Sperrvermerken zugestimmt. Heute tue man sich allerdings schwer damit. Die Stelle im Umweltschutzamt sei vom Land aufgedrückt. Es sei Notwehr, dies mache man nicht, dies könne man nicht. Es sei eine lange Verfahrensdauer. Auch die Stelle beim Kreisgesundheitsamt für die Umsetzung des Konzeptes „Gesunder Landkreis“ sei fraglich. Die Windkraft sei zu befürworten, er frage sich aber, ob die Stelle für Windkraftgenehmigungsverfahren dauerhaft eingerichtet werden müsse. Er wiederholt, seine Fraktion tue sich insgesamt schwer, in Einzelfällen stimme man eventuell zu. Der Landkreis stehe mit dem Rücken zur Wand.

Der Vorsitzende weist darauf hin, hinsichtlich des Windkraftgenehmigungsverfahrens seien die Stellen vollständig refinanziert. Was den gesunden Landkreis anbelange werde die Stelle unterschätzt, es gehe um Gesundheitsversorgung, nicht um „nice to have“. Man brauche die Stelle unbedingt. Was die Stelle beim Umweltschutzamt zur Umsetzung von Vorgaben der neuen Trinkwassereinzugsgebieteverordnung anbelange weise er darauf hin, die Verordnung sei seit einem Jahr in Kraft. Man stehe mit einem Fuß im Gefängnis. Was die Stelle im Kreissozialamt für die Sachbearbeitung nach dem BTHG anbelange, gehe es auch um die Frage, ob man die Leistung überhaupt erbringen könne, nicht nur um die Antragsdauer.

Herr Pawlak ergänzt, hinsichtlich des Bereichs BTHG spreche er Lob für das Sozialdezernat aus, man müsse die Kosten im Einzelfall sehen.

Kreisrat Storz legt dar, die CDU-Kreistagsfraktion schließe sich in großen Teilen Kreisrat Dold an. Er frage sich, warum es nicht möglich sein solle, die beantragten 4,65 Stellen aus anderen Bereichen zu kompensieren.

Der Vorsitzende entgegnet, niemand drehe Däumchen, alle würden am Limit arbeiten.

Kreisrat Storz fügt hinzu, dies sei nicht für alle in der CDU-Kreistagsfraktion nachvollziehbar. Außerdem frage er sich, warum die Aufhebung von Sperrvermerken in mehreren Sitzungen auf der Tagesordnung stehe und nicht in einem Aufwasch beantragt werde. Er geht auf zwei Stellen ein, die Außenstelle Münsingen für Leistungen nach dem Asylbewerberleis-

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

tungsgesetz und den gesunden Landkreis. Er wolle wissen, ob das im Dezember bekannt gewesen sei, dass eine zusätzliche Stelle benötigt werde.

Der Vorsitzende bejaht dies, eine halbe Stelle im Kreisgesundheitsamt sei „Peanuts“ und zielführend.

Herr Hirrlle bemerkt zu den Bußgeldern, Herr Klett habe bereits etliche Infos gegeben, aber einen Satz wolle er noch ergänzen. Der Rückgang sei tatsächlich erheblich. Dies sei schlicht dessen geschuldet, dass im Bereich der Ordnungswidrigkeitsverfahren das Opportunitätsprinzip gelte. Das bedeute, die Verwaltung könne, müsse aber nicht. Das wiederum heiße, wenn er überlastete Teams habe, bleibe das schlicht liegen. Das sei auch ein wichtiger Teil der Antwort. Sonst hätte man höhere Bußgelder. Aber wenn er bei den Anträgen Rückstände von Monaten habe, dann könne er es nicht vermitteln, dass man Bußgeldverfahren betreibe und die Anträge liegen bleiben. Zu dem Asylbewerberleistungsgesetz sei zu bemerken, die Einführung des Sachgebiets führe zu Führungsanteilen von 0,3 Stellenanteilen. Er gehe davon aus, dass relativ schnell ein Rückgang zu verzeichnen sei. Er schlage vor, hier mit einem kw-Vermerk zu arbeiten.

Herr Klett erläutert, es sei ein Anstieg von 617 auf 767 Personen in der Anschlussunterbringung zu verzeichnen.

Kreisrat Wörner wiederholt, er tue sich schwer, man stehe mit dem Rücken zur Wand. Hinsichtlich der Trinkwasserversorgung solle ein Signal an das Land gesendet werden, dass man nicht alles umsetze. Man solle eine Belastungsanzeige stellen und öffentlichkeitswirksam zurückmelden. Das System funktioniere nicht. Man müsse Abschreibungen erwirtschaften, es sei eine marode Infrastruktur. Man müsse das kommunizieren, man sei nicht ausfinanziert.

Der Vorsitzende bittet um eine Zusammenfassung der Verweigerung der Bürgermeister gegenüber Landesaufgaben. Es gehe um einen Appell an das Land. Die Bürgermeister würden aber solche Aufgaben auch nicht verweigern.

Kreisrat Mattburger verweist auf den Personalkostenzuwachs und auf die Kostensteigerung beim ÖPNV um 8,0 Mio. EUR. Gesundheit habe Priorität eins, die nächste Priorität hätten die beruflichen Schulen. Eigentlich müsste man um 20 % reduzieren. Er gebe der Verwaltung emotional recht. Der Kreistag habe nicht die Detailtiefe der Verwaltung, deshalb brauche man ein Tableau, was organisatorisch weh tue und was weniger weh tue, wenn man Stellen streiche. Wenn die Wirtschaft abschmiere, würden alle abschmieren. Man stehe mit dem Rücken zur Wand. Er sei aus der Klausurtagung des Kreistags Anfang des Jahres depressiv rausgegangen.

Der Vorsitzende bemerkt, der Landkreis sei eben kein Unternehmen, man sei an Recht und Ordnung gebunden. Demonstrieren sei ja recht und gut, aber man müsse trotzdem die Aufgaben erfüllen.

Kreisrat Herrmann bemerkt, man habe das schon letztes Mal erörtert, es habe sich nichts geändert. Er könne sich nur an den Fakten orientieren. Man könne sich nicht alles leisten. Die Personalkostenaufwendungen hätten im Jahr 2023 69,0 Mio. EUR betragen, im Jahr 2024 bereits 76,0 Mio. EUR und im Jahr 2025 82,0 Mio. EUR, wobei die Prognose 84,0 Mio. EUR laute. Man habe in 3 Jahren 50 zusätzliche Stellen geschaffen. Man habe die Vorstellung, auf die Personalkosten besonders zu achten. Er verweise auf das neue Haus

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

der Regionen des Regionalverbands, das über Kredite finanziert werde. Er frage sich, ob das generationengerecht sei. Es sei Anspruch bei der Kreistagsklausur gewesen, sich generationengerecht zu verhalten. Er stimme dem Beschlussvorschlag nicht zu, sondern enthalte sich.

Kreisrat Schrade bemerkt, man drehe sich im Kreis. Man komme allmählich endlich dahin, wo es weh tue. Die Verwaltung müsse deutlich sagen, so gehe es nicht. Die Bürger würden die Parteien wählen, die die Gesetze erlassen. Der Landkreis sei keine Firma, aber ohne Firmen gehe nichts. Man habe französische Verhältnisse.

Der Vorsitzende betont, er habe doch öffentlich Desaster gesagt, es sei dramatisch. Man mache das seit Jahren deutlich und zwar an unterschiedlichen Stellen. Zu Kreisrat Herrmann sei zu bemerken, er solle den gestiegenen Personalaufwendungen die Steigerungen bei den Sozialausgaben gegenüberstellen. Heute sei der Personalratsvorsitzende anwesend, der wisse, wie hoch das Personal belastet sei. Man gehe seriös und sparsam mit den Stellen um, deshalb sollen nur 4,65 Stellen freigegeben werden. Man habe psychisch Kranke und viele Überbelastungsanzeigen. Man wolle das dem Personal nicht länger zumuten. Schließlich habe der Landkreis auch eine Fürsorgepflicht den Mitarbeitenden gegenüber. Die Mechanismen einer Firma würden hier nicht greifen.

Kreisrat Dold bemerkt, wenn man die Sperrvermerke heute aufhebe, seien insgesamt 13,3 Stellen freigegeben, d. h. man rede von möglichen 6,7 Stellen, die noch mit einem Sperrvermerk versehen seien und noch offen seien.

Herr Pawlak bemerkt zu Kreisrat Storz, warum man die Aufhebung von Sperrvermerken geteilt, also in Tranchen beantragt habe. Dies sei ein lauterer Vorgehen. 13,3 Stellen + 4,65 Stellen seien in der Summe 17,95 Stellen. Der Rest sei Puffer. Die Verwaltung werde nicht im November in die Verwaltungsausschusssitzung kommen und die Aufhebung des Sperrvermerks von weiteren 1,5 Stellen beantragen. Man werde das in den Jahren 2026 und 2027 ebenso machen.

Kreisrat Mattburger verweist erneut auf den ÖPNV. Es gebe Busse im Dreißigminutentakt. Die Gesundheit und die Schulen seien doch viel wichtiger als der ÖPNV. Warum solle es PV-Freiflächen geben, diese seien doch Luxus.

Der Vorsitzende widerspricht, bei den 8,6 Mio. EUR für den ÖPNV sei der Schülerverkehr auch enthalten.

Kreisrat Mattburger entgegnet, dies sei eine Ausrede.

Der Vorsitzende widerspricht, immer weniger Buslinien würden eigenwirtschaftlich fahren. Man könne gerne mal aufzeigen, was „nice to have“ sei und was zwingend, zum Beispiel PV-Anlagen. Vielleicht komme er mit Kreisrat Mattburger auch nicht zusammen, aber das sei eben Demokratie. Wenn man als Region attraktiv sein wolle, müsse man den ÖPNV anbieten.

Kreisrat Mattburger stellt richtig, die Kosten im ÖPNV seien seit 2018 immens gestiegen. Die Gesundheitsversorgung sei wichtig.

Der Vorsitzende geht kurz darauf ein.

Kreisrat Weckmann stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Der Vorsitzende bietet an, den Beschlussvorschlag zu modifizieren. Die 1,15 Stellenanteile zum Ausgleich von Aufstockungen gemäß Ziffer 5 der KT-Drucksache sollen mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Kreisrat Dold bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Beratung stellt Kreisrat Dold den Antrag auf getrennte Abstimmung über die Aufhebung von Sperrvermerk bei den einzelnen Stellen.

Der Vorsitzende stellt die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Kreis-Straßenbauamt für die Landschaftsplanung (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 1) zur Abstimmung.

Die Aufhebung des Sperrvermerks wird mit 7 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.

Der Vorsitzende stellt die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Umweltschutzamt zur Umsetzung von Vorgaben der neuen Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 2) zur Abstimmung.

Die Aufhebung des Sperrvermerks wird mit 7 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.

Der Vorsitzende stellt die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Besoldungsgruppe A11 im Kreissozialamt für die Sachbearbeitung nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 3) zur Abstimmung.

Die Aufhebung des Sperrvermerks wird mit 7 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.

Der Vorsitzende stellt die Aufhebung des Sperrvermerks für 0,5 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Kreisgesundheitsamt für die Umsetzung des Konzeptes „Gesunder Landkreis“ (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 4) zur Abstimmung.

Der Aufhebung des Sperrvermerks wird einstimmig mit 19 Ja-Stimmen **zugestimmt**, die Stellenanteile werden freigegeben.

Der Vorsitzende stellt die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,15 Stellenanteile zum Ausgleich von Aufstockungen (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 5) zur Abstimmung.

Der Aufhebung des Sperrvermerks wird einstimmig mit 17 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen **zugestimmt**, die Stellenanteile werden mit einem kw-Vermerk versehen.

Insgesamt ergeht somit folgender

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Beschluss:

1. Die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Kreis-Straßenbauamt für die Landschaftsplanung (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 1) wird abgelehnt, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.
2. Die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Umweltschutzamt zur Umsetzung von Vorgaben der neuen Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 2) wird abgelehnt, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.
3. Die Aufhebung des Sperrvermerks für 1,0 Stellenanteile in Besoldungsgruppe A11 im Kreissozialamt für die Sachbearbeitung nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 3) wird abgelehnt, die Stellenanteile werden nicht freigegeben.
4. 0,5 Stellenanteile in Entgeltgruppe E11 im Kreisgesundheitsamt für die Umsetzung des Konzeptes „Gesunder Landkreis“ (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 4) werden freigegeben, der Sperrvermerk wird aufgehoben.
5. 1,15 Stellenanteile zum Ausgleich von Aufstockungen (siehe KT-Drucksache Nr. XI-0106, II. Ausführliche Sachdarstellung, Ziffer 5) werden freigegeben, der Sperrvermerk wird aufgehoben. Die 1,15 Stellenanteile werden mit einem kw-Vermerk versehen.

Auszüge:

Hauptamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

Annahme einer Spende

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0113 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0113 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 19 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Annahme der Spende der Kreissparkasse Reutlingen in Höhe von 2.500,00 EUR wird genehmigt.

Auszüge:

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
Nachhaltigkeitsdezernat
Kreiskämmerei

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 6 - öffentlich -

Annahme einer Spende

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0116 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0116 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 19 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Annahme der Spende durch die Firma Walter AG, Tübingen, über Zerspanwerkzeuge und Messgeräte im Wert von 10.000,00 EUR für die Ferdinand-von-Steinbeis-Schule Reutlingen wird genehmigt.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat
Kreiskämmerei

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

**Aktuelle Situation der Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerbern
(Mitteilung)**

Herr Hirrlé erläutert die aktuelle Situation.

Auszüge:

Amt für Migration und Integration
Amt für Recht, Ordnung und Verkehr
Ordnungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Verwaltungsausschuss
am 16.07.2025

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Mitglieder des Ausschusses

Schriftführer

gez. Fiedler

gez. Bayer
gez. Häcker

gez. Mayer

Landrat

Bekannt gegeben in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2026. Einwendungen wurden nicht erhoben.

gez. Mayer

Schriftführer